



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Auftakt
Jubiläums- und Wahljahr 2019
Mediengespräch | Bern | 19.02.2019

Mediengespräch

1919 – 2019 EVP:

Damit Werte wieder zählen.

Auftakt zum Jubiläums- und Wahljahr 2019



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Auftakt
Jubiläums- und Wahljahr 2019
Mediengespräch | Bern | 19.02.2019

Inhalt

- Programm
- Medienmitteilung und Kontakte
- Voten
- Foto-Link
- Kurzer historischer Abriss EVP Schweiz
- Die EVP im Nationalrat: Ratsmitglieder 1919 – 2019



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Auftakt
Jubiläums- und Wahljahr 2019
Mediengespräch | Bern | 19.02.2019

Mediengespräch

1919 – 2019 EVP: Damit Werte wieder zählen.

Auftakt zum Jubiläums- und Wahljahr 2019

Programm

11:00 Begrüssung und Vorstellung

Marianne Streiff-Feller, Parteipräsidentin und Nationalrätin, BE, National- und Ständeratskandidatin

EVP 1919 – 2019: Damit Werte wieder zählen.

Die EVP als werteorientierte Brückenbauerin

Marianne Streiff-Feller, Parteipräsidentin und Nationalrätin

Menschen sind keine Ware

Konsequenter Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung

Lilian Studer, Grossrätin AG, Fraktionsvorsitzende, designierte Nationalratskandidatin

Anreize für Innovation und Integration

Für eine ethische Marktwirtschaft

Nik Gugger, Nationalrat, ZH, Vizepräsident EVP Schweiz, National- und Ständeratskandidat

Klare Leitplanken für ethisches Unternehmertum

Gerecht, nachhaltig und integrativ

Roland Frauchiger, Grossrat AG, Co-Präsident EVP Kt. Aargau, Ständeratskandidat

Le dialogue et le respect pour combattre l'instrumentalisation identitaire

Propositions du PEV face aux défis posés par la pluralité religieuse

François Bachmann, Vice-Président du PEV Suisse, candidat au Conseil national du PEV canton de Vaud

Vier Generationen, eine Gesellschaft

Es braucht eine eigentliche Generationenpolitik

Elisabeth Augstburger, Nationalratskandidatin EVP Kt. Baselland

EVP 2019 – Wahl- und Jubiläumsjahr

Überblick über die Jubiläums- und Wahlaktivitäten

Roman Rutz, Generalsekretär EVP Schweiz

11:35 Fragerunde

11:45 Steh-Lunch

Möglichkeit für individuelle Interviews, Gespräche, Fotos



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

MEDIENMITTEILUNG

Bern

19. Februar 2019

Mediengespräch zum Auftakt des 100-Jahr-Jubiläums und des Wahljahres 2019 der EVP Schweiz

Auftakt zum Wahl- und Jubiläumsjahr: «EVP - Damit Werte wieder zählen.»

Die EVP Schweiz feiert dieses Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. Unter dem Motto «EVP - Damit Werte wieder zählen.» stellten Spitzenkandidierende heute im Vorfeld des Jubiläumsfestes am 9. März und zum Auftakt ins Wahljahr die Kernthemen vor, für die sich die werteorientierte Mittepartei einsetzt: Für konsequenten Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung, eine ethische Marktwirtschaft, Religionsfrieden und eine nachhaltige Generationenpolitik.

Die «Evangelische Volkspartei der Schweiz» wurde 1919 inmitten politischer, sozialer und wirtschaftlicher Herausforderungen gegründet, um auf Basis christlicher Werte mitzuhelfen, die schwere Polarisierung in Politik und Gesellschaft zu überwinden. Auch heute blockieren die politischen Pole und Klientelinteressen wichtige Reformprojekte. Politische Entscheide – Stichwort Waffenexporte – lassen schmerzlich jegliche Werteorientierung vermissen.

«Es braucht heute, 100 Jahre später, diese Werte dringender denn je. Breite Bevölkerungskreise sehnen sich nach werteorientierten politischen Akteurinnen und Akteuren», ist Nationalrätin und Parteipräsidentin Marianne Streiff überzeugt. Glaubwürdigkeit, Wertschätzung, Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit gehören zur unverwechselbaren wertorientierten DNA der EVP. Von Anfang an verstand sich die Partei als lösungsorientierte Brückenbauerin zwischen den Polen.

Verantwortungsbewusst und verlässlich setzt sich die EVP deshalb auch weiterhin für eine Politik ein, die sich an diesen Werten orientiert und vorrangig vier Kernthemen anpackt:

Gegen Menschenhandel und Ausbeutung

Die EVP ruft zum konsequenten Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung auf. «Aufgrund der enormen Dunkelziffer und wenigen Verurteilungen ist die Schweiz im Bereich Menschenhandel ein Low-Risk-Geschäft. Dies akzeptiert die EVP nicht. Menschenhandel muss in der Schweiz als brutales Verbrechen gegen die Menschenwürde konsequent geahndet werden», meint Lilian Studer, Grossrätin und designierte Nationalratskandidatin der EVP im Kanton Aargau.

Für ethisches Unternehmertum

Unternehmen haben auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Gerade dann, wenn der Staat an seine Grenzen kommt. Wie reagieren sie etwa auf die wachsende Herausforderung der Generation Ü50? Welche innovativen und kreativen Geschäftsmodelle entwickeln sie, neue Märkte zu erschliessen und im gleichen Atemzug ältere und sozial schwächere Menschen zu integrieren? «Hier muss der Staat ganz klar motivieren und langfristige Anreize schaffen», ist der Zürcher Nationalrat und Ständeratskandidat Nik Gugger überzeugt. Es braucht klare Leitplanken für ein faires, nachhaltiges und integratives Unternehmertum.

«Gerade auch die vielfältigen KMU bilden das wirtschaftliche Rückgrat der Schweiz. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass ihnen keine unnötigen Auflagen gemacht werden und die Verwaltungen Hand bieten für schlanke und unbürokratische Prozesse», ergänzt der Aargauer Grossrat Roland Frauchiger, Co-Präsident und Ständeratskandidat der EVP Kanton Aargau.

Für Integration statt Instrumentalisierung der Religion

Mit einer Charta der Religionen will die EVP konkret auf die Herausforderungen durch die Vielfalt der Religionen und Kulturen antworten, die auch in der Schweiz Realität sind. Sie basiert auf Respekt vor dem anderen, Menschenwürde, Transparenz der Strukturen und Gewissensfreiheit. «Der Respekt, der zur Ausübung der Religionsfreiheit erforderlich ist, darf nicht dazu missbraucht werden, kulturell-identitäre Ghettos in unserer Gesellschaft zu fördern», betont François Bachmann, Vizepräsident der EVP Schweiz und Nationalratskandidat der EVP Kanton Waadt.

Für eine eigentliche Generationenpolitik

Vier Generationen beanspruchen heute in unserer Gesellschaft ihren Platz. Gefragt sind tragfähige Lösungen etwa für die Generationengerechtigkeit in der Altersvorsorge sowie innovative und modulare Modelle für das Wohnen im Alter und die Pflege. Zudem fordert die EVP Schweiz einen flächendeckenden Ausbau der Palliative Care als würdevolle Alternative zur zunehmenden Suizidbeihilfe. «Die EVP setzt sich dafür ein, dass alle vier Generationen unter würdigen, gerechten und nachhaltigen Bedingungen leben können. Eine koordinierende Generationenpolitik ist dringend nötig», ist Elisabeth Augstburger, Nationalratskandidatin EVP Baselland, überzeugt.

Jubiläumsfestakt am 9. März

Am 9. März 2019 lädt die EVP Schweiz im Rahmen ihrer 100. ordentlichen Delegiertenversammlung dann zum eigentlichen Jubiläumsfestakt auf dem Gurten bei Bern.

Kontakt:

Marianne Streiff-Feller, Parteipräsidentin und Nationalrätin, BE: 079 664 74 57

François Bachmann, Vizepräsident (Romandie): 079 668 69 46

Nik Gugger, Vizepräsident und Nationalrat, ZH: 079 385 35 35

Roman Rutz, Generalsekretär: 078 683 56 05

Dirk Meisel, Leiter Kommunikation: 079 193 12 70

EVP – Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Votum Marianne Streiff
Mediengespräch
zum Jubiläums- und Wahlauftakt
19. Februar 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Marianne Streiff-Feller, Parteipräsidentin und Nationalrätin, BE, National- und Ständeratskandidatin

EVP 1919 – 2019: Damit Werte wieder zählen.

Die EVP als wertorientierte Brückenbauerin

Die EVP wurde vor hundert Jahren 1919 aus sozialer Not und Unruhen heraus gegründet. Als Partei, die ihre Politik auf Basis christlicher Werte lebte und verbindend zwischen den Polen nach Lösungen suchte. Diese DNA prägt auch heute noch unverändert unsere Partei.

Ich gehe historisch zurück zu den Gründungszeiten:

Die soziale Not nach dem ersten Weltkrieg und die Auseinandersetzungen zwischen bürgerlichen und sozialistischen Kräften führten 1918 zum Generalstreik. Die Polarisierung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft schuf eine tiefe Kluft. Die Gesellschaft drohte auseinanderzubrechen. Diese prekäre Lage war der politische Weckruf für motivierte Christen aus mehreren Kantonen. Sie beschlossen, eine politische Mittepartei zu bilden. Eine politische Bewegung, die sich mit christlichen Werten für das Wohl der Bevölkerung einsetzt. Gegründet wurde die kleinste Volkspartei der Schweiz in der kleinen Stadt Brugg. Der Name entspricht dem Begriff «Brücke». Bis heute versteht sich die EVP als Angebot einer Brücke zwischen Links und Rechts.

Wenn wir von christlichen Werten sprechen, löst das vielleicht bei einigen den Geruch von konservativ aus. Wie weitsichtig und vorausschauend die Partei aber schon damals war, zeigt sich unter anderem an zwei Beispielen:

Schon zwei Jahre nach ihrer Gründung fanden sich auf den Traktandenlisten der Delegiertenversammlungen Traktanden, die aufhorchen lassen: Die Verhältnisse in der Arbeitswelt, die Sozialversicherungen, Überlegungen zur Verbraucherpolitik, zu Erziehung, Familie, Bildung und Steuerpolitik. Konkret forderte die Partei - also 25 Jahre vor der Einführung der AHV - die verfassungsmässige Grundlage für die IV und AHV!

Auch im Umweltschutz war sie von Beginn an aktiv und progressiv: Ein überwiesenes Postulat von EVP-Nationalrat Zigerli wurde 1944 zum Startschuss für den Gewässerschutz in der Schweiz.

Wie vor hundert Jahren sehnen sich auch heute breite Bevölkerungskreise nach wertorientierten politischen Akteurinnen und Akteuren. Auch heute blockieren politische Polarisierung und Klientelinteressen wichtige Reformprojekte. Herausforderungen im Gesundheitswesen, in den Sozialversicherungen, unsere Beziehung zu den Nachbarländern, zu Europa, die Migration – das sind alles Themen, die polarisieren, aber nur durch Kompromisse angegangen werden können. Hier helfen wir aktiv mit beim Brückenbauen.

Es gibt zudem auch wichtige Themen, die die Bevölkerung beschäftigen und bei denen unsere Werte, unsere DNA ganz klar gefragt sind. Für diese vier Kernthemen stehen wir engagiert ein:

- Ethisches Unternehmertum
- Religion, Kultur, Gesellschaft
- Kampf gegen Ausbeutung und Menschenhandel
- Generationenpolitik

Auf die einzelnen Handlungsfelder werden meine Kolleginnen und Kollegen in ihren Voten eingehen. Sie sehen aber schon an der Bezeichnung der Themen: Es geht um Ethik, um Werte, um ein faires Zusammenleben. Um den Umgang mit den Mitmenschen und der Umwelt, wie wir es vom Evangelium her verstehen.

Von welchen Werten sprechen wir konkret?

Es geht um Werte wie Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Menschenwürde. Um Vertrauen, Vergebung, Hoffnung, Verantwortung, Selbstbeschränkung, Wertschätzung. Und aus meiner Sicht ganz wichtig in der Politik: um Glaubwürdigkeit.

Die Stimmberechtigten haben in letzter Zeit deutlich gemacht, wie wichtig es ihnen ist, dass politische Vorlagen durchschaubar und korrekt daherkommen.

Dasselbe gilt auch für die Menschen, die zu Wahlen antreten. Es wird erwartet, dass sie glaubwürdige Volksvertreterinnen und -Vertreter sind, die sich für das Wohl der Gemeinschaft und nicht für ihre Eigeninteressen einsetzen. Die EVP tritt auch für die Wahlen im Herbst mit vielen Kandidierenden aus voraussichtlich 16 Kantonen an, die diese Voraussetzung erfüllen.

Unser Ziel ist es, nebst Zürich und Bern mindestens in einem weiteren Kanton einen Sitz dazuzugewinnen und einen Wähleranteil von 2% zu überschreiten.

Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt setzen wir uns gemeinsam ein für diese Zielerreichung und für eine Politik der Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde.

Damit Werte wieder zählen!

Zitat:

«Es braucht heute, 100 Jahre später, diese Werte dringender denn je. Breite Bevölkerungskreise sehnen sich nach wertorientierten politischen Akteurinnen und Akteuren.»



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Votum Lilian Studer
Mediengespräch
zum Jubiläums- und Wahlaufakt
19. Februar 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Lilian Studer, Grossrätin AG, Fraktionsvorsitzende, designierte Nationalratskandidatin

Menschen sind keine Ware

Konsequenter Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung

«Nichts weniger als moderne Sklaverei» schreibt das Bundesamt für Polizei fedpol auf ihrer Homepageseite zu Menschenhandel/-schmuggel. «Menschen werden unter Zwang in der Prostitution, als Arbeitskraft oder in der Bettelei ausgebeutet.»

Als Menschenhandel gilt nach dem Uno-Menschenhandelsprotokoll «die Anwerbung, Beförderung, Verbringung, Beherbergung oder Aufnahme von Personen (...) zum Zweck der Ausbeutung». Dies geschehe meist durch «Androhung oder Anwendung von Gewalt oder anderen Formen der Nötigung, durch Entführung, Betrug, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit». Einfach gesagt, Menschen werden nicht mehr als Mensch, sondern nur noch als Arbeitskraft oder Ware gesehen und behandelt.

Auch in der Schweiz werden Menschen zu Menschenware. U.a. gehandelt, um ihren Körper für Sex zu verkaufen. Oder in Abhängigkeit gehalten, um ihre Arbeitskraft auszubeuten, z.B. in der privaten Pflege, in der Gastronomie, in der Landwirtschaft, auf dem Bau. Erkenntnisse über Art und Ausmass des Phänomens sind lückenhaft. Experten gehen jedoch von einer enormen Dunkelziffer aus. Geschätzt wird die Zahl der Opfer von Menschenhandel weltweit auf 40 Millionen. Am 6. Januar 2019 konnte man folgendes in der Neuen Zürcher Zeitung zur Situation in der Schweiz entnehmen: «In der Schweiz werden jedes Jahr gemäss dem Eidgenössischen Justiz und Polizeidepartement (EJPD) über 250 Opfer von Menschenhandel entdeckt. Demgegenüber wurden 2017 125 Straftaten wegen Menschenhandels erfasst. Hinzu kamen 156 Fälle von Förderung der Prostitution. Im selben Jahr kam es in beiden Kategorien jeweils gerade mal zu fünf Verurteilungen.»

Aufgrund der enormen Dunkelziffer und wenigen Verurteilungen ist die Schweiz im Bereich Menschenhandel ein Low-Risk-Geschäft. Dies akzeptiert die EVP nicht. Menschenhandel dürfte es grundsätzlich nicht geben und er sollte somit in der Schweiz die Bedeutung eines High-Risk-Geschäfts erhalten und als brutales Verbrechen gegen die Menschenwürde geahndet werden. Meistens sind Personen mit einem Fluchtgrund oder in Armut die Opfer, die sich ohnehin schon in einer misslichen und vulnerablen Lage befinden, der Sprache nicht mächtig sind und somit keine Wahl haben oder sich selbst nicht wehren können. Die EVP fordert konkrete Massnahmen und eine klare Prioritätensetzung. U.a. folgendes:

1) Menschenhandel zwecks sexueller Ausbeutung

Kürzlich wurde ein Vorstoss meinerseits im Grossen Rat des Kantons Aargau überwiesen. Er fordert ein konkretes Massnahmenpaket gegen Menschenhandel, damit Fälle von Menschenhandel im Kanton Aargau, aufgedeckt werden können und der Opferschutz gewährleistet ist. Ob dann schlussendlich die nötigen Mittel eingesetzt werden können, bleibt offen. Insbesondere die Strafverfolgung und der Opferschutz sind Bereiche der Kantone. Viele Kantone, insbesondere kleinere, sind aufgrund der Ressourcen (personell wie finanziell) gefordert. Laut nationalem Aktionsplan ist aber eine verstärkte Strafverfolgung gegen Täter und Täterinnen notwendig, damit eine glaubwürdige Abschreckung gegen Menschenhandel vorhanden ist und sich die Ausbeutung von Menschen nicht lohnt. Somit fordern wir den Bund auf, die Kantone ressourcenmässig stärker zu unterstützen. Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung erachtet die EVP ebenfalls als essenziell. Dies zur Sensibilisierung sowie den eigenen Konsum zu hinterfragen. Auch Präventionsmassnahmen müssten überlegt werden. Dies gilt insbesondere auch für das in den letzten Jahren stark zunehmende sogenannte Loverboy-Phänomen.

2) Menschenhandel zwecks Arbeitsausbeutung

Auch im Bereich der Arbeitsausbeutung, wo Opfer in wirtschaftlicher Ausweglosigkeit brutal und menschenverachtend ausgenutzt werden, fordert die EVP eine verbesserte Möglichkeit einer Strafverfolgung. Dazu müsste ein eigener Strafbestand festgesetzt werden mit klaren strafrechtlichen Definitionen und Richtlinien. Auch hier braucht es eine Sensibilisierungskampagne, sowohl zur Unterstützung der Kantone als auch in der Bevölkerung bezüglich Achtsamkeit im Alltag. Auch müssen Präventionsmassnahmen überlegt und Kontrollen verschärft werden.

Zitat:

«Aufgrund der enormen Dunkelziffer und wenigen Verurteilungen ist die Schweiz im Bereich Menschenhandel ein Low-Risk-Geschäft. Dies akzeptiert die EVP nicht. Menschenhandel dürfte es grundsätzlich nicht geben und er sollte somit in der Schweiz als brutales Verbrechen gegen die Menschenwürde geahndet werden.»



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Votum Nik Gugger
Mediengespräch
zum Jubiläums- und Wahlauftakt
19. Februar 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Nik Gugger, Nationalrat, ZH, Vizepräsident EVP Schweiz, National- und Ständeratskandidat

Anreize für Innovation und Integration

Für eine ethische Marktwirtschaft

Droht unsere Wirtschaft, auf Abwege zu geraten? Ich bin der Meinung ja.

Unsere Wirtschaft muss aus meiner Sicht verantwortungsvoll mit Menschen und Ressourcen umgehen. Sie soll dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Wirtschaft ohne ethische Verantwortung läuft Gefahr, zur reinen Profitmaximierung zu verkommen. Sie droht, den Menschen aus dem Blick zu verlieren.

Obwohl die meisten Ressourcen endlich sind, wird quantitatives Wachstum noch immer allem anderen übergeordnet. Die Wende von einer Wachstumsökonomie, die auf billiger Energie und billigen Rohstoffen fusst, zu echter Nachhaltigkeit wird immer dringender.

Die Globalisierung ist Chance und Herausforderung zugleich. Das gilt auch für den Strukturwandel von der Industrie- zur digitalen Dienstleistungsgesellschaft. Daher überlegen wir uns in der aussenpolitischen Kommission, wie wir digitale Steuern erheben könnten.

Die Instabilität des internationalen Finanzsystems gefährdet die Realwirtschaft. Vom reichlich vorhandenen Geld wird ein grosser Teil in Finanzinstrumenten angelegt. Der Beitrag zum Gemeinwohl in Form von Investitionen, Konsum, Arbeitsplätzen und Steuern bleibt dabei relativ gering.

Ich und die EVP fordern eine Umkehr von der rein gewinnorientierten zu einer ethischen Marktwirtschaft, welche das Gemeinwohl über die kurzfristige Gewinnmaximierung stellt. Wir streben ein qualitatives Wachstum an, das in jeder Hinsicht nachhaltig ist.

Ein flexibler Arbeitsmarkt und eine verlässliche Sozialpartnerschaft sind entscheidend. Ziel ist die Beschäftigungen bei fairen Löhnen auch für Junge und Ü50-jährige, die sich in einer vernünftigen Bandbreite bewegen.

Im Kanton Zürich wurde ein Postulat von mir zur Förderung von Ü50-jährigen ohne Gegenstimmen von allen Parteien an den Regierungsrat überwiesen. Es kann aus meiner Sicht nicht sein, dass politische Gemeinden 50-60-jährige bevorzugt 10 Jahre in der Sozialhilfe lassen, als einige wenige Franken in eine Umschulung zu investieren.

Zudem haben Unternehmen auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Gerade dann, wenn der Staat an seine Grenzen kommt. Wie reagieren Unternehmen auf die wachsende Herausforderung der Generation Ü50? Welche innovativen und kreativen Geschäftsmodelle entwickeln sie, um Gewinn zu machen und im gleichen Atemzug sozial schwächere und ältere Menschen zu integrieren? Hier muss der Staat ganz klar

motivieren und Anreize schaffen, indem zum Beispiel die Pensionskassenprobleme angegangen werden, da ältere oftmals aufgrund der hohen Beiträge nicht angestellt werden.

Es braucht daher eine gerechte und nachhaltige Wirtschaftsordnung, die sich am Gemeinwohl orientiert. Und die unbürokratische Rahmenbedingungen für soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Verhältnisse schafft. Dann gelingt aus meiner Sicht auch Innovation und nachhaltiger Fortschritt.

Zitat:

«Welche innovativen und kreativen Geschäftsmodelle entwickeln die Unternehmen, um Gewinn zu machen und im gleichen Atemzug sozial schwächere und ältere Menschen zu integrieren? Hier muss der Staat ganz klar motivieren und Anreize schaffen.»



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Votum Roland Frauchiger
Mediengespräch
zum Jubiläums- und Wahlauftakt
19. Februar 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Roland Frauchiger, Grossrat AG, Co-Präsident EVP Kt. Aargau, Ständeratskandidat

Klare Leitplanken für ethisches Unternehmertum

Gerecht, nachhaltig und integrativ

Die vielfältigen KMU bilden das wirtschaftliche Rückgrat der Schweiz. Oftmals sind es lokal verankerte Familienbetriebe, die nicht nur Gewinnmaximierung anstreben, sondern auch sozial engagiert sind und sich am Quartier- oder Dorfleben beteiligen. Sie übernehmen als Patrons Verantwortung und bieten Arbeitsplätze für benachteiligte Personen oder begleiten ihre Mitarbeitenden durch schwierige Lebenssituationen. Sie bieten damit Menschen Halt und helfen kritische Lebenssituationen möglichst zu verhindern, deren Folgen letztlich für alle Beteiligten wie auch für die Gesellschaft belastend wären.

Viele Eigentümer und Geschäftsführer erbringen für ihren Betrieb täglich einen hohen Einsatz. Sie gewährleisten eine Wertschöpfung innerhalb unseres Landes und sichern bzw. schaffen wertvolle Arbeitsplätze. Es ist wichtig, dass wir dies seitens Politik realisieren. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass vor allem den kleineren Betrieben keine unnötigen Auflagen gemacht werden und die Verwaltungen Hand bieten für schlanke und unbürokratische Prozesse. Wenn beispielsweise der administrative Aufwand zur Anmeldung eines Lehrlings oder zur Beschäftigung einer Person mit Sozialhilfeunterstützung so kompliziert wird, dass ein Betrieb am liebsten darauf verzichten würde, kann etwas nicht mehr stimmen.

Viele grosse Firmen hingegen sind international tätig und werden von einem Management geführt, dessen Verständnis für helvetische Mentalität und Gepflogenheiten oft nur ungenügend ist. Ausländische Manager verbringen oft nur kurze Zeit in der Schweiz und visieren in erster Linie ihren nächsten Karriereschritt an. Sie denken und handeln eher kurzfristig und nehmen auf das gesellschaftliche Umfeld nicht immer die gewünschte Rücksicht. Insbesondere für solche Firmen ist es sinnvoll, dass wir von politischer Seite klare Leitplanken im Sinne unserer Gesellschaft setzen. Dazu gehören beispielsweise geeignete Rahmenbedingungen für die Integration von über 50-jährigen Personen oder für umweltfreundliches und ressourcenschonendes Handeln.

Auch die Gewerkschaften spielen als Sozialpartner eine wichtige Rolle. Ihre berechtigten Anliegen wurden im Laufe der Zeit zu einem grossen Teil in die entsprechenden Gesetze aufgenommen. Es wurden viele Gesamtarbeitsverträge als branchenverbindlich erklärt, was für viele Mitarbeitende zu transparenten Lohnstrukturen geführt hat, aber auch für viele Betriebe und Lohnempfänger zu bedingt begründbaren Pflichtbeiträgen. Künftig ist ein Weg einzuschlagen, der die Anliegen der Sozialpartner ernst nimmt, ohne zu übermässigen Kosten und Einschränkungen zu führen.

Die EVP setzt sich für faires und nachhaltiges Wirtschaften ein. Uns ist wichtig, die anstehenden und manchmal schnell wechselnden wirtschaftlichen Herausforderungen zu benennen und zwischen unternehmerischer Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung wirksame Handlungsspielräume aufzuzeigen.

Zitat:

«Die vielfältigen KMU bilden das wirtschaftliche Rückgrat der Schweiz. Sie gewährleisten eine Wertschöpfung innerhalb unseres Landes und sichern bzw. schaffen wertvolle Arbeitsplätze. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass vor allem den kleineren Betrieben keine unnötigen Auflagen gemacht werden und die Verwaltungen Hand bieten für schlanke und unbürokratische Prozesse.»



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Votum François Bachmann
Mediengespräch
zum Jubiläums- und Wahlaufakt
19. Februar 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

François Bachmann, Vizepräsident EVP Schweiz, Nationalratskandidat EVP Kt. VD

Dialog und Respekt statt identitäre Abschottung

Vorschläge der EVP zum konstruktiven Umgang mit der Religionsvielfalt

Seit dem allerersten politischen Vorstoss der Evangelischen Volkspartei ist ihr Stil klar: Aufbauend auf dem biblischen Prinzip des wöchentlichen Ruhetags schlug die EVP 1919 einen arbeitsfreien Sonntag für alle vor, unabhängig von Arbeitsverhältnis oder religiöser Zugehörigkeit.

Bereits vor 100 Jahren war das Ziel ein friedliches, gerechtes und respektvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Die EVP sah im gemeinsamen Ruhetag eine Möglichkeit, das Gemeinwohl zu stärken und es gleichzeitig dem Einzelnen zu überlassen, wie er diesen arbeitsfreien Tag verbringt: Kirchenbesuch, Familienausflug, Freizeitbeschäftigung... Von Anfang an fokussieren die Vorstösse der EVP-Vertreter auf den Menschen mit seiner Würde, seiner Freiheit, Gleichheit und freiem Willen.

Die Herausforderung der EVP ist heute dieselbe wie vor hundert Jahren: sich politisch einsetzen, damit Werte wieder zählen. Heute gefährden gewisse religiöser Organisationen diese Werte wie z.B. die Achtung vor dem Anderen und seinen persönlichen Entscheidungen, die Rechtsgleichheit von Mann und Frau, die Trennung zwischen Staat und Kirche. Die Nächstenliebe erfordert Respekt vor jedem Menschen, unabhängig von seiner religiösen Einstellung.

1. Respektvolles und friedliches Zusammenleben der Religionen

Die Vielfalt der Religionen ist in jeder modernen Gesellschaft Realität, und die Schweiz bildet da keine Ausnahme. Neue religiöse Organisationen verlangen heute nach staatlicher Anerkennung, und deshalb ist eine Klärung der Voraussetzungen und des Zusammenlebens zwischen Religionen sowie zwischen Religion und Staat nötig.

Die Schweizer Verfassung erwähnt den religiösen Frieden, schweigt aber über die Praxis, die sie den Kantonen überlässt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass unsere Verfassung kurz nach dem Sonderbundkrieg zwischen katholischen und protestantischen Kantonen geschrieben wurde. Es geht nicht mehr um das Verbot von katholischen Kirchtürmen, wie es im Kanton Waadt existiert hat; heutzutage ist der Bau von Minaretten verboten. Und vor einer Woche hat das Genfer Stimmvolk beschlossen, Staatsmitarbeitern (inklusive Gemeindeparlamentariern) bei der Arbeit das Tragen jeder Art von religiösen Zeichen zu verbieten.

Heute melden sich vermehrt auch Bürger ohne religiöse Zugehörigkeit zu Wort, zum Beispiel wegen Kirchenglocken, deren Klang als störend empfunden wird. Es gibt glücklicherweise kaum Konflikte oder Aggressivität zwischen Gläubigen verschiedener Religionen oder Konfessionen - es scheint, dass Respekt in der Werteskala der Religionen hoch im Kurs liegt.

2. Religionscharta als Grundlage für den Dialog

Die Angst vor dem Unbekannten wirkt vielfach als unsichtbare Barriere zwischen den Menschen unseres Landes, die aus verschiedenen Kulturen, Religionen und Traditionen kommen. Hier ist es eine der Aufgaben der religiösen Verantwortlichen, den Dialog durch Vorbild und Lehre zu erleichtern, anstatt zu spalten und abzuschotten.

Um die Eigenverpflichtung der religiösen Organisation zu erleichtern und zu konkretisieren, hat die Evangelische Volkspartei in Zusammenarbeit mit Experten eine Charta der Religionen erarbeitet, die sie in diesem Jahr veröffentlichen wird. Darin bekennen sich die Unterzeichner zu Achtung des Anders, Menschenwürde, Transparenz der Organisationsstrukturen und Gewissensfreiheit als ausdrücklicher Grundlage für die Arbeit ihrer Organisation.

Mit dieser Einladung an die Vertreter religiöser Organisationen zur freiwilligen Unterzeichnung dieser Charta wollen wir als EVP eine Grundlage für aktiven Dialog und respektvolles Zusammenleben legen. Diese sehen wir als unabdingbare Voraussetzungen für einen Beitrag der Religionen zum gesellschaftlichen Gemeinwohl an. Durch ihre Unterschrift bekennen die Unterzeichner, dass sie die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Freiheit des Einzelnen achten und werden so als konstruktive Partner im spirituellen und kulturellen Kontext der Schweiz anerkannt.

3. Aktive Integration zur Bekämpfung von identitären Parallelgesellschaften

Mit der Religionscharta bekräftigt die Evangelische Volkspartei ihren Widerstand gegen religiöse Tendenzen zu kulturell-identitären Parallelgesellschaften. Der Respekt, der zur Ausübung der Religionsfreiheit erforderlich ist, darf nicht dazu missbraucht werden, Hass auf Andersgläubige zu schüren oder sich von der Gesellschaft abzuschotten, sei das durch Zeremonien, Aktivitäten in einem Kulturverein oder im Rahmen von Theaterkursen für Schulkinder.

Durch die Unterschrift bekräftigen die Vertreter religiöser Organisationen, Integration statt kulturelle Abschottung voranzutreiben, ihre Werte im Rahmen des Schweizer Rechts zu leben und weiterzugeben und für den respektvollen Dialog zwischen Religionen und mit staatlichen Vertretern offen zu sein.

Zitat:

«Der Respekt, der zur Ausübung der Religionsfreiheit erforderlich ist, darf nicht dazu missbraucht werden, Hass auf Andersgläubige zu schüren oder sich von der Gesellschaft abzuschotten.»



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Votum Elisabeth Augstburger
Mediengespräch
zum Jubiläums- und Wahlauftakt
19. Februar 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Elisabeth Augstburger, Nationalratskandidatin EVP Baselland

Vier Generationen, eine Gesellschaft

Es braucht eine eigentliche Generationenpolitik

Wir leben immer länger. Das ist eigentlich eine gute Nachricht. Es bringt jedoch auch neue Herausforderungen mit sich. Es stellen sich Fragen der Generationengerechtigkeit in der Altersvorsorge, bedarfsgerechter Wohn- und Pflegemodelle oder das Thema der Palliative-Care.

Vier Generationen beanspruchen ihren Platz in unserer Gesellschaft. Sie haben unterschiedliche Bedürfnisse und Erwartungen. Die jungen Menschen wollen nicht nur als Zahlende in die Pflicht genommen werden, die einen immer grösseren Beitrag zu Sicherung der Altersvorsorge leisten sollen. Sie fordern zu Recht, dass die Altersvorsorge auch für sie gesichert wird. Gleichzeitig wollen ältere Menschen der 4. Generation nicht nur als Last und als Kostenfaktor wahrgenommen werden.

Es braucht neue Lösungsansätze. Zum Beispiel für Menschen, die länger im Arbeitsprozess stehen. Es gilt Anreize für Arbeitgeber zu schaffen, ältere Mitarbeitende länger zu beschäftigen oder überhaupt einzustellen.

Ebenso braucht es neue tragfähige Lösungen in den Bereichen Wohnen im Alter und Pflege. Die 65jährigen sind heute fit wie selten zuvor und wollen ihr Leben selbst gestalten. Sie haben noch Lebensaussichten von 20 bis 30 Jahren und wollen ihre Unabhängigkeit möglichst lange behalten. Dazu gehört das eigenständige Leben in den eigenen vier Wänden. Wir brauchen neue Wohnkonzepte sowie modulare Pflegemodelle, welche diesen Bedürfnissen gerecht werden und gleichzeitig die Fragen von Vereinsamung, sozialer Isolation und Pflegebedürfnissen beantworten und helfen, die wachsenden Kosten einzudämmen. Sind es moderne Formen von Alters-WG's, Generationenhäuser oder ein weiterer Ausbau der Grundidee der Senioren für Senioren?

In einer nächsten Phase stellt sich für viele die Frage, wie sie mit chronischen, fortschreitenden Krankheiten umgehen sollen. Begleiteter Suizid wird immer häufiger als vermeintlich attraktive Alternative dargestellt. Die EVP hingegen fordert einen flächendeckenden Ausbau der Palliative Care. Dieses widmet sich der Frage der Lebensqualität und des menschenwürdigen Lebens bis zum Tode sowie der Unterstützung der Bezugspersonen. Weil wir immer länger leben, verbringen wir möglicherweise einen längeren Lebensabschnitt mit Beschwerden und Erkrankungen. Krankheitsverläufe werden komplexer. Ältere Menschen leiden besonders häufig und unter mehreren Krankheiten. Palliative Care heisst Linderung der Beschwerden und somit

ein menschenwürdiges, möglichst schmerzfreies Leben mit der Krankheit. Bereits heute gibt es viele gute Institutionen, die sich Menschen im letzten Stadium annehmen. Das Angebot ist aber längst nicht ausreichend und zu wenig bekannt. Es bedarf künftig eines schweizweiten flächendeckenden Ausbaus und ein Bekanntmachen dieser Angebote. Die Palliativ-Care kann an unterschiedlichen Orten geleistet werden und ermöglicht eine Kontinuität der Behandlung und der Betreuung. Palliative-Care will den Tod weder beschleunigen noch verzögern. Ziel ist es, die Schmerzen zu lindern, den Patienten ganzheitlich an Körper und Seele bestmöglich zu begleiten und ihn zu unterstützen, so lange wie möglich aktiv zu bleiben.

Die EVP setzt sich dafür ein, dass alle vier Generationen unter würdigen, gerechten und nachhaltigen Bedingungen leben können. Um dies sicher zu stellen, braucht es neue zeitgemässe Lösungen und eine eigentliche Generationenpolitik, die diese aufeinander abstimmt.

Zitat:

«Die EVP setzt sich dafür ein, dass alle vier Generationen unter würdigen, gerechten und nachhaltigen Bedingungen leben können. Hierfür braucht es eine eigentliche Generationenpolitik.»



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Votum Roman Rutz
Mediengespräch
zum Jubiläums- und Wahlauftakt
19. Februar 2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Roman Rutz, Generalsekretär EVP Schweiz

Die EVP im Wahl- und Jubiläumsjahr 2019

Überblick über die geplanten Aktivitäten

100 Jahre EVP Schweiz – das ist natürlich ein Grund zu feiern. Die EVP Schweiz tut dies mit einem Jubiläumsfest am 9. März 2019 auf dem Gurten bei Bern im Rahmen der 100. ordentlichen Delegiertenversammlung. Als Gäste begrüssen wir u.a. Bundesrat Ignazio Cassis, Kirchenratspräsident Dr. Gottfried Locher, Erwin Tanner, Generalsekretär der Schweizer Bischofskonferenz sowie auch unseren Fraktionspräsidenten und Tessiner Ständerat Filippo Lombardi. Mit einem kurzen historischen Abriss aus 100 Jahren EVP blicken wir zurück, hören Anekdoten von vergangenen und aktuellen Amtsträgern und blicken mit Vertretern der *jevps ins nächste EVP-Jahrhundert voraus.

Während in den Sektionen weitere Jubiläumsanlässe stattfinden – erwähnt sei hier die 100-Jahr-Feier der EVP Kanton Bern am 4. Mai 2019 – wird die EVP Schweiz mit einem Sonderparteitag am 21. September 2019 im «Roten Haus» in Brugg das Jubiläumsjahr beschliessen. Am genau gleichen Ort – im Roten Haus in Brugg – trafen sich 1919 30 Männer aus den Kanton Bern, Zürich und Aargau, um die Gründung der EVP voranzutreiben. Zu diesem Sonderparteitag treffen sich 2019 weit über 100 Politikerinnen und Politiker der EVP, um Lösungen auszuarbeiten, wie die Schweiz im Kampf gegen Ausbeutung und Menschenhandel Nägel mit Köpfen machen und damit gegen dieses himmelschreiende Unrecht vorgehen kann. Denn Jubiläum feiern heisst für uns, nicht nur zufrieden zurückzuschauen, sondern künftige Herausforderungen mit demselben Enthusiasmus, demselben Engagement und denselben Werten anzupacken und damit die Schweiz und das Zusammenleben in diesem wunderbaren Land mitzuprägen.

Selbstverständlich stehen neben den Jubiläumsaktivitäten auch die Nationalen Wahlen 2019 im Vordergrund. Die EVP wird in mindestens 16 Kantonen zu den Nationalratswahlen antreten, in einigen davon auch mit eigenen Kandidaturen für den Ständerat. Auch die *jevps wird 2019 bei den Wahlen aktiv sein und in mindestens vier Kantonen eigene Wahllisten einreichen. Sie startet ihr Wahljahr mit einem eigenen Wahlauftakt am 11. Mai in Zürich. Damit ist klar: Die nächste EVP-Generation steht bereits in den Startlöchern und startet gemeinsam mit der Mutterpartei EVP Schweiz ins nächste EVP-Jahrhundert.



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Auftakt
Jubiläums- und Wahljahr 2019
Mediengespräch | Bern | 19.02.2019

Fotos

Fotos der Referenten finden Sie unter: evppev.ch/wahlaufтакт

Dort stehen spätestens ab 12:00 Uhr auch Fotos vom Anlass selbst zum Download bereit.



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Parteigeschichte
Mediengespräch
zum Jubiläums- und Wahlauftakt
19. Februar 2019

Kurzer Abriss der Parteigeschichte von alt Nationalrat Heiner Studer

Verbindende Mitte mit solider Wertebasis

1919 - 2019: 100 Jahre EVP Schweiz

Die Gründung im Jahr 1919

Die Einführung des Proporzwahlrechts im Bund und in den Kantonen ermöglichte es auch kleineren Parteien, in den Parlamenten vertreten zu sein. Die am 4. März 1917 gegründete «Protestantisch-christliche Partei» errang zwei Sitze im Zürcher Kantonsrat. Die «Politische Vereinigung christlicher Bürger» der Stadt Bern gewann im Herbst 1917 einen Sitz im Stadtparlament der Bundesstadt Bern. Auf Einladung von Arnold Muggli, Bern, trafen sich am 8. März 1919 dreissig Männer aus den Kantonen Bern, Zürich, Aargau, Basel-Stadt und Schaffhausen im Hotel Rotes Haus in Brugg AG. Sie entschieden, eine evangelische Partei zu gründen. Die Gründung fand am 10. Mai 1919 im ZwingliSaal des Vereinshauses «Glockenhof» in Zürich statt. Dort prangte das Wort des Reformators Ulrich Zwingli, das als Leitwort dienen sollte: «Tut um Gottes Willen etwas Tapferes». Arnold Muggli wurde erster Zentralpräsident. An der Generalversammlung am Ostersonntag 1920 zählte die junge Partei bereits 1'200 Mitglieder.

Zur Zeit der Gründung bestand eine tiefe Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. Die Gründer wählten einen Namen, der noch immer Gültigkeit hat. Die EVP ist keine Massenpartei, doch hat es in ihr Christen aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten. Das entscheidende Anliegen war es, Christen zu ermutigen, die Gesellschaft mitzugestalten.

Von den «Sozialpolitischen Richtlinien» zum Parteiprogramm

Programmatisch wegweisend war Hermann Bächtold, Professor für Geschichte an der Universität Basel und später ihr Rektor. Er war ab 1920 Redaktor der Evangelischen Volkszeitung. Im Januar 1921 stellte er 26 Leitsätze als «Sozialpolitische Richtlinien» vor, die er für die Delegiertenversammlung erarbeitet hatte. Er äusserte sich darin zum Arbeitsverhältnis, zu Sozialversicherung und Verbraucherpolitik, zu Erziehung, Familie, Schule sowie Steuerpolitik. Zu den Forderungen gehörte die Einführung der AHV/IV, eine verstärkte Erbschaftssteuer und der Kampf gegen Steuerhinterziehung. Aus diesen «Sozialpolitischen Richtlinien» entstand 1926 das erste Parteiprogramm der EVP Schweiz.

Vertretung der EVP im Nationalrat

Im Herbst 1919 beteiligte sich die EVP im Kanton Zürich mit Erfolg, im Kanton Bern erfolglos an den Nationalratswahlen. In Zürich wurde der 40jährige Arzt und Schriftsteller Hans Hoppeler in den Nationalrat gewählt. Er gehörte diesem während 20 Jahren an. Nach seinem Rücktritt ging der Sitz für vier Jahre verloren. Hans Hoppeler war ein sprachgewaltiger, hinreissender Redner. Er war durchaus angriffslustig und besass gleichzeitig einen versöhnlichen Humor.

1943 wurde der 60jährige Paul Zigerli, Ingenieur mit eigenem Büro, in den Nationalrat gewählt. Sein Postulat 1944 «Rettet die Gewässer» war der Startschuss für den Gewässerschutz in der Schweiz.

Nach seinem Tod wurde der 48jährige Personalchef Willy Sauser für 22 Jahre sein Nachfolger.

Seit 1959 ist die EVP mit 2 bis 3 Mitgliedern im Nationalrat vertreten. Den zweiten Sitz eroberte die Zürcher Kantonalpartei 1959. Gewählt wurde der 51jährige Paul Schmid-Märki, evangelischer Gewerkschaftssekretär. Diesen zweiten Sitz konnte sie bis 1995 halten. Die weiteren EVP-Nationalratsmitglieder aus dem Kanton Zürich: Heinrich Schalcher, 1917, Rechtsanwalt, Hans Oester, 1931, Dr.oec., Handelslehrer, Max Dünki, 1932, Gemeinderatsschreiber, Niklaus Kuhn, 1934, Architekt, Ernst Sieber, 1927, (Obdachlosen-)Pfarrer, Ruedi Aeschbacher, 1941, Dr. iur., Jurist, Maja Ingold, 1948, Lehrerin, Nik Gugger, 1970, Sozialunternehmer (seit 2017 im Rat).

Seit 1967 ist die EVP des Kantons Bern im Nationalrat vertreten: Paul Aebischer, 1908, Blaukreuzfürsorger, Otto Zwygart sen., 1911, Lehrer, Otto Zwygart jun., 1940, Sekundarlehrer, Walter Donzé, 1946, Geschäftsführer, Marianne Streiff-Feller, 1957, Lehrerin (seit 2010 im Rat).

1999 bis 2007 vertrat Heiner Studer, 1949, die EVP des Kantons Aargau im Nationalrat.

Generalsekretariat seit 1946

1946 wählte die Delegiertenversammlung Dr. Otto Hürlimann, 1910, zum ersten Zentralsekretär der Partei. Dieser widmete sich mit Erfolg dem Parteaufbau. Zudem wurde die zentrale Erfassung der Mitglieder eingeführt. Dies war in unserem föderalistisch aufgebauten Land nicht üblich. Als Zentralbeitrag gilt ein Richtwert von heute 2 bis 3 Promille des Einkommens. Damit hat die EVP sozial abgestufte Zentralbeiträge. Das Generalsekretariat befand sich bis 2009 in Zürich, seither bewusst in der Bundesstadt Bern.

Die EVP in den Kantonen und Gemeinden

Seit 1917 besteht die EVP im Kanton Zürich, seit 1918 im Kanton Bern, seit 1920 im Kanton Basel-Stadt (zwischenzeitlich Vereinigung Evangelischer Wähler), seit 1921 im Kanton Aargau, seit 1922 in den Kantonen Baselland und Schaffhausen. 1956 kam die EVP des Kantons Thurgau hinzu, 1971 St. Gallen. Heute hat die EVP zudem in der Deutschschweiz in den Kantonen Appenzell-Ausserrhoden, Freiburg (zweisprachig), Graubünden, Luzern, Schwyz und Solothurn je eine Kantonalpartei.

Zwischen den beiden Weltkriegen hatte die EVP in den Kantonen einen Aufschwung zu verzeichnen, während die Parteiarbeit in der Zeit des Zweiten Weltkriegs auf ein Minimum zurückging. Danach gab es einen weiteren Aufschwung, der sich insbesondere nach der Einführung des Frauenstimmrechts weiter fortsetzte. In vielen Gemeindeparlamenten und kommunalen Exekutiven ist die EVP heute vertreten.

Die EVP in der Romandie und Tessin sowie die *jevpe

Jahrzehntelang war die EVP eine ausschliesslich deutschschweizerische Partei. 2004 wurde im Kanton Waadt die erste Kantonalpartei in der Romandie gegründet. 2006 kam der Kanton Neuenburg hinzu, 2007 der Kanton Genf und 2011 der Kanton Jura. 2019 beteiligt sich die EVP erstmals an den Grossratswahlen im Kanton Tessin.

2004 wurde die *jevpe (Junge EVP) gegründet. Sie ist eine eigenständige Nachwuchsorganisation.